



22/SN-182/ME

## ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung  
Minoritenplatz 5  
1014 Wien

Zl. 185/92

|                         |                 |
|-------------------------|-----------------|
| KOMMITTEE GESETZENTWURF |                 |
| Zl. ....                | 68.-GE/19.92... |
| Datum: 31. AUG. 1992    |                 |
| Verteilt: 1. Sep. 1992  |                 |

Dr. Winu

DVR: 0487864

PW/NC

Betrifft: Novellierungsentwürfe des Bundesministeriums für  
Wissenschaft und Forschung zum Universitäts-Organi-  
sationsgesetz (UOG), Kunsthochschul-Organisations-  
gesetz (KHOG) und zum Akademie-Organisationsgesetz  
(AOG)

GZ. 68.153/91-I/B/5B/92

Sehr geehrte Damen und Herren!

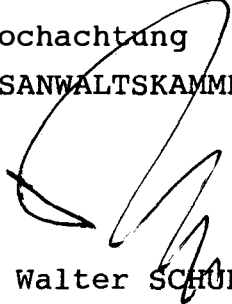
Die Stellungnahme der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer er-  
reichte uns nach Fertigstellung des Gutachtens des Österreichi-  
schen Rechtsanwaltskammertages und wird daher nachgereicht.

Wien, am 25. August 1992

Mit vorzüglicher Hochachtung

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



  
Dr. Walter SCHUPPICH  
Präsident

# Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer

8011 Graz, Salzamtsgasse 3/IV, Postfach 557, Tel. 0 31 6/83 02 90, Telefax 0 31 6/82 97 30



342/92

G. Zl.: \_\_\_\_\_  
Obige Nummer bei Rückantworten erbeten

H. 185/92

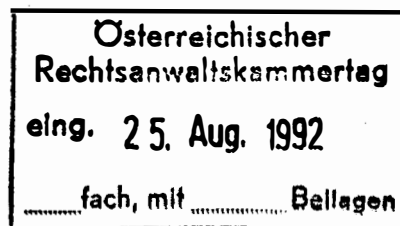
Betrifft:

Stellungnahme zu den Novellen zum UOG, KHOG u. AOG

An den  
Österreichischen Rechtsanwalts-  
kammertag

17.8.1992  
Dr.S/R

Rotenturmstr. 13, Pf. 612  
1010 Wien



a) FK Ref. Dr. Fölke  
b) DR nach re. d. e.  
W, am 25.08.92

Sehr geehrte Herren Kollegen !

Der Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer erstattet zum  
UOG, KHOG und AOG nachstehende

S T E L L U N G N A H M E :

Die Novellierungsentwürfe werden grundsätzlich als ein Schritt in  
die Richtung der Gleichbehandlung begrüßt. Es wird aber folgender  
Einwand erhoben:

Zu § 106 a UOG, 25 AOG und 14 b KHOG:

Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen hat nur ein Recht auf  
Akteneinsicht, Teilnahme an Kommissionen und ein Einspruchsrecht  
bzw. Aufsichtsrecht, anstatt eines konkreten Mitspracherechtes bei  
Einzelentscheidungen von Personalangelegenheiten.

Ein die Personalentscheidung aufschiebendes Einspruchsrecht kann  
eine Diskriminierung zwar in einem längeren Verfahren aufheben,  
effizienter ist jedoch ein konkretes Stimmrecht bei Personalent-  
scheidungen im Einzelfall.

Ein Stimmrecht des Vorsitzenden nur für grundsätzliche Angelegenhei-  
ten, die in den Aufgabenbereich des Arbeitskreises fallen, bietet


keine Einflußmöglichkeit, um einer konkreten Diskriminierung im Einzelfall entgegenzuwirken.

Der Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer meint also, wenn eine Novellierung ihr Ziel erreichen soll, so sollte der Schritt konsequent durchgeführt werden und nicht ein neues Gremium geschaffen werden, das in Wirklichkeit keine Entscheidungskompetenz hat.

Mit vorzüglicher kollegialer  
Hochachtung



Der Präsident:

  
Dr. Werner Thurner

Referent: Dr. Elisabeth Simma, RA, Graz